Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erschein: tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 169. Halle, Donnerstag, den 10. April. **1919.**

Das Finanzprogramm Schiffers.

7,5 Milliarden Fehlbetrag des Reiches. — Beamtenflucht. — Keine Bürokratisierung des Wirtschaftslebens. Der Reichsschatzsekretär will eine Senkung der Preise erzielen.

Weimar, 9. April.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15.

Anträge auf Genehmigung von Strafverfahren gegen den Abgeordneten Giebel (Ztr.), sowie gegen die Abgeordneten Geyer und Dr. Meyer (U. S.) werden an den Geschäftsordnungsausschuß verwiesen. Es folgt die erste Beratung des

Etats für 1919.

Reichsfinanzminister Schiffer:

Es ist eine undankbare Aufgabe, in dieser Zeit großer politischer Ereignisse die Aufmerksamkeit auf das trockene Gebiet der Zahlen zu lenken. Auch der größte und kühnste Gedanke in der Politik wird schließlich vor die Frage gestellt: was kostet seine Ausführung? Und wer das nicht berücksichtigt, der treibt eine Politik, die den Namen Realpolitik nicht mehr verdient. Der Etat, den ich Ihnen vorlege, ist

noch kein Friedensetat.

Er kann es auch nicht sein, denn wir haben noch keinen Frieden. Aber er ist doch der erste Schritt zum Friedensetat. Ich habe mein Möglichstes getan, um der Wirklichkeit möglichst nahezukommen. Die Ausgaben für Militär, Marine und Schutzgebiete haben einstweilen noch auf den außerordentlichen Etat übernommen werden müssen, und zwar mit Pauschalen. Die Summe der Schatzanweisungen, die am 31. Januar 1919 58,3 Milliarden betrug, ist inzwischen auf 63,7 Milliarden gestiegen. Die

Ausgaben für Heer und Marine,

die im Januar noch 3,5 Milliarden betrugen, sind im Februar auf 2,7 und im März auf 2 Milliarden zurückgegangen. Der Etat balanziert mit rund 13 Milliarden Mark. Der

Fehlbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden.

(Hört, hört!) Das ist ein überaus ernster Zustand, der sich noch dadurch steigert, daß wir mit Sicherheit annehmen können, daß dieser Etat nur ein Durchgangsetat zu noch schlimmeren Zuständen ist. Denn in ihm sind noch nicht enthalten die finanziellen Folgen des Krieges, die Entschädigungen, die wir an die Entente bezahlen müssen, und auch noch nicht die Lasten, die wir durch die von uns gewünschte Vereinigung mit Deutsch-Oesterreich auf uns nehmen müssen. Beträchtlichen Mehrausgaben stehen ganz erhebliche Mindereinnahmen gegenüber.

Der einzige Lichtblick

sind die **Mehreinnahmen** aus der Reichsbank. Wir müssen aber aus allgemein politischen Gründen dringend wünschen, daß diese Mehreinnahme fortfällt, denn sie ist nur die Folge des übermäßig hohen Geldumlaufes bei der Reichsbank. Die Denkschrift über die Entwickelung der Reichsfinanzen in der Kriegszeit hat in der Oeffentlichkeit viel zu wenig Beachtung gefunden. Sie zeigt uns den ganzen Ernst der Lage. Die Fehlbeträge haben wir nicht gedeckt durch Defizitanleihen, sondern aus den Erträgen der Kriegssteuern, die an sich nicht dazu bestimmt waren. Das hat immerhin den Vorteil gehabt, daß wir unbelastet von einer Defizitanleihe jeweils in das neue Etatjahr hineingehen konnten. Im allgemeinen ist die Steigerung der Ausgaben natürlich durch die

allgemeine Wertminderung des Geldes

beeinflußt. Je höher aber die Preise werden, die das Reich zu zahlen hat, um so mehr müssen wir das Gebot der Sparsamkeit beherzigen. (Sehr richtig!) Auf dem Gebiete der Beamtenbesoldung verlangt die Volksvertretung mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert Gehaltsaufbesserungen und Teuerungszuschläge der Beamten. Gleichzeitig wird aber dahin gedrängt, bei den Gehältern der höheren Beamten Abstriche zu machen. Wir sind den Wünschen nach beiden Richtungen entgegengekommen. Es wird dadurch aber die Schwierigkeit vergrößert, geeignete Kräfte für den Staatsdienst heranzuziehen. Die

Flucht tüchtiger Elemente aus dem Staatsdienst

in besser bezahlte Privatstellungen nimmt in beängstigender Weise zu. Vorbereitet ist eine Revision des gesamten Beamten-Besoldungsgesetzes mit Berücksichtigung der Pension. Wir müssen natürlich auch ein neues Beamtenrecht schaffen, das den Bedürfnissen der neuen Zeit entspricht. Zu diesem Zwecke sind zwei Stellen im Ministerium des Innern vorgesehen, und eine dieser Stellen soll durch einen bewährten Mann aus den Reihen der mittleren Beamten besetzt werden. Es ergab sich die Frage, wie wir bei einem Anhalten der Preissteigerungen

die berechtigten Wünsche der Beamten

befriedigen können, ohne in Widerspruch mit unsern Finanzen zu kommen. Da gibt es nur ein Heilmittel: die Herabsetzung der Zahl der Beamten und Behörden. Die Sozialisierung im weitesten Sinne würde es mit sich bringen, daß wir auf der anderen Seite die Zahl der Beamten erheblich vermehren müßten. Da muß ein offenes Wort gesprochen werden.

Auch dem Beamtentum sind Grenzen gezogen,

die **nicht überschritten** werden dürfen, wenn nicht die Allgemeinheit Schaden erleiden soll. (Beifall.) Die Vorzüge der Beamten liegen auf anderen Gebieten. Wir dürfen nicht das Wirtschaftsleben bürokratisieren. Das wäre ein schwerer Schaden. (Lebhafter Beifall.) Die Gefahr der Bürokratisierung droht vielleicht auch auf dem Gebiete der **Presse**. Wir haben im Auswärtigen Amt zwei Posten für den Pressedienst eingestellt, und wir wollen damit nur alte Versäumnisse wieder gutmachen. Auch in der Presse läßt sich ohne Geld nichts machen. Aber Geld allein tuts nicht. (Sehr richtig!) Wenn aus Reichsmitteln Propaganda für eine einzige Partei getrieben würde, so muß ich das namens der ganzen Reichsregierung als durchaus tadelnswert bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung und Zurufe rechts.) Eine Reihe neueingestellter Positionen soll Ausgaben dienen, die dem Reiche auf dem Gebiete der Förderung des wirtschaftlichen und praktischen Lebens, sowie vor allem

auf sozialpolitischem Gebiete

zufallen. Weiter hat auch eine Position eingestellt werden müssen zur Durchführung der Maßnahmen gegen die Kapitalsabwanderung nach dem Auslande. Die Steuern stehen im Mittelpunkt des ganzen Etats, weil sie mit einem Gesamtbetrag von 7 Milliarden eingestellt sind. Es gehen mir in dieser Beziehung fortgesetzt Steuervorschläge zu, die gewiß gut gemeint, aber zum Teil einfach nicht durchführbar sind. Hierzu gehört vor allen Dingen der Gedanke, den Finanzen des Reiches durch Errichtung öffentlicher Spielhöllen aufzuhelfen. Daran ist natürlich nicht zu denken. Neben den direkten werden wir auch

auf die indirekten Steuern nicht verzichten

können. Es wäre gewiß zu wünschen gewesen, wenn ich die Gesamtheit aller steuerlichen Maßnahmen auf einmal Ihnen hätte vorlegen können. Ich habe diese Absicht auch gehabt, aber sie hat sich als undurchführbar erwiesen. Ich muß Sie daher bitten, mit der sukzessiven Einbringung der Steuervorlagen vorlieb zu nehmen. Weder dürfen **unitaristische** Gesichtspunkte als Vorspann für bestimmte Steuern benutzt werden, noch **partikularistische** zu einem unsachlichen Widerstand dagegen. Ich lege auf das

Einvernehmen mit den Einzelstaaten

auf diesem Gebiet den allergrößten Wert. Es entsteht nun die Frage, ob unser Volk die gewaltige Steuerlast überhaupt wird tragen können. Nun, ich bin fest überzeugt, daß unser Volk dazu in der Lage ist, wenn diese Steuerlast

verknüpft ist mit einer Senkung der Preise.

Meine ganze Steuerreform läuft darauf hinaus, für eine solche Senkung der Preise nicht nur die Voraussetzung zu schaffen; sondern **diese Senkung ist das Ziel ihrer Durchführung.** Die Preise können nur gesund werden, wenn wir mehr Güter erzeugen. Wir müssen arbeiten, um Güter zu erzeugen; dann werden wir auch Finanzen bekommen. (Zustimmung.) Als Leiter der Reichsfinanzen richte ich daher an die Gesamtheit unseres Volkes die Bitte, zu den Gewohnheiten,

zu den Tugenden unseres Volkes zurückzukehren.

(Beifall.) Arbeitslust und Arbeitskraft müssen **neu belebt** werden, und wir müssen von dem organisierten Wahnsinn der Gegenwort ablassen. (Erneute Zustimmung.) Alle Kräfte müssen zu diesem Zwecke zusammenstehen. Parteien müssen sein, Meinungsunterschiede müssen ausgetragen werden. Aber wir müssen uns hüten, die Gegensätze zu übertreiben. Das große Reformwerk kann nicht mit wechselnden Mehrheiten geschafft werden. Es muß dieselbe Mehrheit sein, die das ganze Werk vollendet. Und diese Mehrheit kann nach Lage der Verhältnisse

nur die Regierungsmehrheit

sein. Aber das bedeutet nicht, daß die anderen Parteien ausgeschaltet werden sollen. Ich lege vielmehr Wert auf die Mitarbeit aller Parteien, selbst wenn sie sich in der Form einer scharfen Kritik äußert. Das große Werk, daß vom ganzen Volke getragen werden soll, muß aus der Mitarbeit des ganzen Volkes heraus entstehen. Daraus werden sich dann auch über das finanzielle Gebiet hinaus segensreiche Folgen ergeben. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag 10½ Uhr: Weiterberatung. Schluß 5 Uhr.

Eine große Rede Scheidemanns.

Weimar, 9. April. (Eig. Drahtnachricht.) Von Scheidemann wird morgen eine große Rede erwartet, die eigentlich schon heute gehalten werden sollte, aber wegen einer Erkältung des Ministerpräsidenten verschoben werden mußte.

Auflösung des Magdeburger Wachtregiments.

Abbruch des Streiks. — Zahlreiche Personen verhaftet.

WTB. **Magdeburg**, 9. April. Zum Polizeipräsidenten ist vom Generalmajor **Maercker** der Gewerkschaftssekretär **Krüger** ernannt worden. Generalmajor Maercker verfügte ferner die **Auflösung des Wachtregiments**, dessen Mannschaften sich an den in den letzten Nächten vorgekommenen Plünderungen ganz offen beteiligt hatten. Anstelle dieser unzuverlässigen Truppe soll eine aus allen Kreisen der Bevölkerung gebildete **Einwohnerwehr treten.**

Eine Versammlung der Streikenden hat heute nachmittag beschlossen, den **Streik abzubrechen** und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen.

Im Laufe des Tages sind **zahlreiche Personen verhaftet** worden, darunter viele Matrosen.

Unabhängige Verschwörungsarbeit in Magdeburg.

WTB. **Berlin**, 9. April. (Drahtnachricht.) Die „Voss. Ztg." schreibt aus Magdeburg: Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins veröffentlicht ein Flugblatt, in der er Beweise von dem Bestehen eines Aktionsprogramms der Unabhängigen erbringt, die sich den Sturz der Regierung und die Ausrufung der Räterepublik zum Ziel gesetzt haben. Am Mittwoch, den 2. April, tagte im Generalkommando der Exekutivausschuß des A.- und S.-Rates. Ein Soldat hielt eine Rede, in der er sagte, vom 22. und 16. A.-K. ist man an uns herangetreten, alle Offiziere und Verwaltungsbeamten abzusetzen, die Räterepublik auszurufen, den Anschluß an die Sowjetrepublik in Rußland und Ungarn zu vollziehen und vor allem die jetzige Regierung zu stürzen. Den Mehrheitssozialisten wurde das Ultimatum gestellt, **entweder mitzumachen, oder es gehe über sie hinweg.** Die Mehrheitssozialisten lehnten das Ansinnen ab.

Noskes Dank an die Regierungstruppen.

WTB. **Berlin**, 9. April. (Drahtnachricht.) Der Reichswehrminister Noske hat folgenden Befehl an die Truppen der Abteilung Lüttwitz gerichtet: In den letzten Tagen werden die mir unterstellten Freiwilligentruppen von radikaler Seite in ganz besonders **unerhörter Weise** geschmäht. Die Reichsregierung verurteilt diese verbrecherische Tätigkeit ihrer Gegner aufs Schärfste und gibt den Truppen die bestimmteste Garantie, daß sie durch die der Reichsregierung geleisteten Dienste in keiner Weise in ihren staatsbürgerlichen Rechten geschmälert werden. Insbesondere wird die Reichsregierung zu verhindern wissen, daß der den Freiwilligenverbänden von gegnerischer Seite mehrfach angedrohte Boykott verhängt wird. Ich benutze diese Gelegenheit, den Freiwilligentruppen für ihre treuen Dienste erneut den Dank der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen. Reichswehrminister Noske.

Regierungserfolge in Würzburg.

Bad Kissingen, 9. April. Nachmittag. Funkspruch vom Generalkommando des zweiten Armeekorps an den Kasernenrat des achten Infanterieregiments in Bad Kissingen:

„**Würzburg** ist fest in der Hand der Regierungstruppen. Residenz heute mittag 1 Uhr von Regierungstruppen gestürmt. Bahnhof nach Kampf genommen. Feste Marienburg kampflos zurückgenommen. Haupträdelsführer der Spartakisten festgenommen."

Einzelheiten über die Rückeroberung von Würzburg

WTB. **Würzburg**, 9. April. (Drahtnachricht.) Die Räteherrschaft wurde heute in Würzburg durch Soldaten, Bürger, Studenten und Arbeiter gestürzt. Vormittags wurde die Kaserne des 9. Infanterieregiments überrumpelt, mittags die Residenz (das Hauptquartier der Kommunisten) und darauf der Hauptbahnhof durch Maschinengewehre und Artillerie bezwungen. Die Festung Marienberg, auf die der vereinte Angriff dann stattfinden sollte, war von den Spartakisten geräumt worden. Durch die Bürgerschaft, hatte sich in den letzten Tagen eine wilde Erbitterung bemächtigt hatte, geht ein Aufatmen der Befreiung. Die von den Kommunisten verhafteten 16 Geiseln, darunter der 2. Bürgermeister, Rechtsräte, Professoren und Mehrheitssozialisten, sowie Offiziere, wurden unverletzt befreit. Von den Regierungstruppen sind vier Mann tot, von den Spartakisten, soweit bisher festgestellt wurde, zwei tot und mehrere verwundet. Außerdem wurden zwei Zivilisten getötet.

Politischer Generalstreik in Braunschweig

WTB. **Braunschweig**, 9. April. Auf Beschluß des Aktionsausschusses, der Betriebsausschüsse und der Vertrauensmänner der Arbeiter ist heute vormittag die revolutionäre Arbeiterschaft Braunschweigs in den politischen Generalstreik eingetreten. Es gelte den Kampf gegen den Kapitalismus und dem Militarismus und die Rettung der Revolution. Sämtliche öffentliche Lokale bis auf die Lebensmittelgeschäfte sind geschlossen zu halten. Nach 8 Uhr abends darf niemand mehr ohne Ausweis des revolutionären Aktionsausschusses auf der Straße sein, ausgenommen Aerzte usw. Vor den Banken sind Volkswehrposten aufgestellt. Auch der Eisenbahnverkehr ist vollkommen stillgelegt.

Die Braunschweiger gegen Helmstedt.

WTB. **Helmstedt**, 9. April. Eine Abteilung der Braunschweiger Volkswehr hat gestern, wie das „Helmstedter Kreisblatt" berichtet, die öffentlichen Gebäude in Helmstedt besetzt. Im Rathaus lagern Maschinengewehre. Telephongespräche und Telegramme werden kontrolliert. Der an der Befreiung des Ministers Landsberg besonders beteiligt gewesene Polizeibeamte Bremer soll mißhandelt worden sein. Er war einige Zeit festgenommen, wurde aber wieder freigegeben. Zwei Volkskommissare aus Braunschweig sind gestern zu Verhandlungen in Helmstedt eingetroffen. Der Bürgermeister ist vorläufig vom Amte suspendiert worden.

Präsident Merges in Braunschweig taucht wieder auf

WTB. **Berlin**, 9. April. Der „Lokal-Anzeiger" berichtet aus Braunschweig: Heute vormittag 9 Uhr ist die Arbeiterschaft zum Zwecke der restlosen Durchführung der Revolution in den Generalstreik getreten. Die Banken, Zeitungen, Eisenbahn und Straßenbahn arbeiten nicht. Die Post nur teilweise. Bei der ersten Massenversammlung auf dem Schloßplatz bezeichnete der frühere Präsident Merges die Verbindung mit der russischen Sowjetregierung als

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190410017/fragment/page=0001

einzige Rettung Deutschlands und forderte unter dem Beifall der Versammlung die Räterepublik Braunschweig, sofortige Verbindung mit den Räterepubliken Rußland, Ungarn und Bayern, gründliche Beseitigung des Militarismus und Kapitalismus in der ganzen Welt, Absetzung der Regierung Ebert—Scheidemann—Noske, Auflösung der Nationalversammlung und aller Landtage usw.

Der Landtag brach seine Sitzung ab und vertagte sich auf unbestimmte Zeit. Heute nachmittag wird der neugewählte Landes-Arbeiterrat sich als einzige souveräne Macht Braunschweigs ausrufen.

Ausdehnung des Streiks in Sachsen.

WTB. Zwickau, 9. April. Der Bergarbeiterstreik hat heute auch auf das Zwickauer Revier übergegriffen. Abordnungen der Streikenden ziehen von Werk zu Werk und fordern die Bergleute auf, die Arbeit niederzulegen. Im Lugau-Oelsnitzer Revier ist der Streik vollständig. Gestern vormittag 11 Uhr fand auf dem Rathausplatz in Oelsnitz eine große Kundgebung statt, bei der der sächsische Kommunistenführer Rühle das Wort ergriff. Die Streikenden beschlossen, Abordnungen nach Dresden und Weimar zu entsenden.

Der Streik in der Metall- und Hüttenindustrie hält noch an. Die sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftskartell und der Arbeiterrat weisen in einem Aufruf darauf hin, daß jeder Streiktag die schnelle Heranführung der Lebensmittel verzögere. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, ihre Lage durch völlig zwecklose Arbeitseinstellung nicht selbst zu verschlimmern.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung

Weimar, 9. April. (Eig. Drahtnachricht.) In der heutigen Sitzung des Aeltestenausschusses einigten sich die Fraktionen dahin, bei der Generaldebatte über den Etat nur je einen Redner vorzuschicken. Das Plenum ebenso wie die Kommission wird dann am Sonnabend seine Beratungen bis nach Ostern aussetzen. Der Wiederbeginn der Plenarverhandlungen ist auf den 2. Mai festgesetzt. Die Ausschüsse, insbesondere der Verfassungs- und der Haushaltungsausschuß werden bereits im April zusammentreten. Neben anderen geschäftlichen Dingen bildete auch die Einsetzung eines Ausschusses für die Vorbereitung des Friedensschlusses den Gegenstand der Beratungen.

Wie wir erfahren, werden von Seiten der Demokraten Herr v. Payer sprechen, für die Deutschnationalen Herr v. Gräfe.

Sozialisierung des Kalis!

Weimar, 9. April. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir hören, befindet sich eine Regierungsvorlage in Vorbereitung, welche die Sozialisierung des Kalis vorsieht. Durch die hohen Löhne wird der Preis des deutschen Kalis erheblich gesteigert werden, wodurch unsere Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber sinken dürfte.

Neue Angriffe der Polen.

WTB. Berlin, 9. April. (Drahtnachricht.) An der Posener Front lag Zduny und Umgebung wieder unter polnischem Feuer. Dort sowie bei Kempen und südlich Kolmar, ferner bei Margonin und südlich Nakel im Bozuliger Forst westlich Bromberg und bei Oppock südlich Thorn mußten polnische Vorstöße abgewehrt werden. Die Polen beschossen die Ostbahn westlich Nakel mit Artillerie. Unter Bruch der Demarkationslinie bei Podany, südlich Kolmar, nahmen sie eine unserer Feldwachen in Stärke von acht Mann gefangen.

Weitere Lebensmittel unterwegs.

WTB. Haag, 9. April. (Drahtnachricht.) Außer den bereits in Hamburg eingetroffenen Dampfern mit Lebensmitteln sind gegenwärtig weitere sieben Dampfer mit zusammen 43 000 Tonnen Mehl, Fett und Milch nach Hamburg, Bremen und Emden unterwegs. Nach den gestrigen Verhandlungen in Rotterdam ist für die Beschleunigung der Lebensmittelzufuhren nach Deutschland die rechtzeitige Lieferung von Bunkerkohlen von großer Bedeutung. Die Fortdauer des Streiks im Kohlengebiet würde daher die nach Ueberwinden größten Widerstandes endlich in Gang gekommene Lebensmittelzufuhr von Amerika unmöglich machen.

Stürmische Debatten auf dem Rätekongreß.

Für die Rückkehr zur geordneten Arbeit. — Versprechungen an die westlichen Bergarbeiter. Angriffe gegen die Regierung und den Zentralrat.

Berlin, 9. April. (Eig. Drahtnachricht.) Im weiteren Verlaufe der Beratungen des Rätekongresses bringt Cohen-Reuß seinen Antrag ein, über den wir bereits kurz berichtet haben: Da die Sache einmal angeschnitten ist, müssen wir noch ein weiteres tun. Wenn wirklich die Notstandsarbeiten eingestellt werden, und die Schächte zum Ersaufen kommen, so haben wir die Pflicht, zu handeln. Aber freilich in ganz anderer Weise, als bisher hier ausgeführt worden ist. Gerade weil wir hier den Streik nicht untersuchen können, müssen wir an die gesamte Bergarbeiterschaft apellieren, Deutschland vor dem unvermeidlichen Unglück zu bewahren, das uns bedroht (stürmische Unterbrechungen). Sie können sich ja diesem Appell gar nicht verschließen (Stürmische Zurufe.) Die Regierung kann nicht schlechthin alles billigen, was die Bergarbeiter tun. Wir dürfen

nicht zusehen, wie die Schächte ersaufen

(Zurufe: Wir müssen sozialistische Politik treiben!) Ja, sozialistische Politik allein bewahrt die Schächte noch nicht vor dem Ersaufen. Der Redner schlägt schließlich folgende Erklärung vor: der zweite Rätekongreß appelliert an die streikenden Ruhrbergleute, unter allen Umständen die sogenannten Notstandsarbeiten auszuführen, damit das deutsche Volk vor dem furchtbaren Unglück bewahrt bleibt, das mit einem Ersaufen der Schächte unbedingt eintreten muß. Redner schließt unter stürmischem Beifall und Lärmkundgebungen.

Kaliske von der Mehrheitssozialdemokratie stimmt namens seiner Fraktion dem Antrage zu. Ein Ersaufen der Schächte wäre das ungeheuerlichste Verbrechen (Großer Lärm und Händeklatschen).

Ein Unabhängiger erklärt: Wir haben nichts gegen den Appell an die streikenden Bergleute im Westen, aber dagegen, daß man den Bergarbeitern derartige Vorwürfe macht. Wer hat denn die Bergarbeiter zu dieser Verzweiflung getrieben? (Zurufe: Ihr!)

Reichsminister Schmidt: Zahlreiche Kommissionen haben mit der Regierung die Streikfrage aus dem Ruhrgebiet besprochen. Alle sind befriedigt fortgegangen mit der Erklärung, für die Beendigung des Streikes wirken zu wollen. Ich habe versprochen, daß die Bergarbeiter eine besondere Zuwendung an Lebensmitteln bekommen sollen aus den Auslandsbeständen und daß

sie bevorzugt werden

vor anderen Kreisen der Bevölkerung. (Hört, hört!) Alle Bemühungen der Regierung waren aber erfolglos. Immer wieder wurden die Anforderungen gesteigert und der Druck in unerhörter Weise erhöht. Nach wiederholten lärmenden Unterbrechungen erklärt Reichsminister Schmidt, zur Linken gewandt: Ihr lehnt ja hier die Verantwortung ab, draußen hetzt Ihr die Leute auf (großer Lärm und Zustimmung). Ihr habt auch die Leute zum Streik in den Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken aufgehetzt. Das aber geht gegen die Arbeiter selbst. Darum wird die Regierung auf keinen Fall nachgeben. (Minutenlanger Lärm). Ja, wir wollen doch die Organisation des Wirtschaftslebens aufrecht erhalten. Jeder hat ein Recht, die Regierung zu stürzen, aber die Mittel dürfen nicht Gewaltmittel sein.

Ein Unabhängiger betont, durch Beschlüsse und Resolutionen ändern wir an der Lage im Westen nichts. Wir haben alles versucht, den Streik zu verhindern. Er ist gekommen, weil die Leute allzu sehr erbittert waren. (Stürmische Zurufe: Ihr habt sie ja aufgehetzt!) Nein, nicht wir, sondern das Schießen der Regierungstruppen hat die Leute aufgehetzt. (Stürmische Rufe: Nein, nein. Ihr habt sie aufgehetzt!) Wenn die Regierung nicht nachgibt, dann ersaufen die Schächte elend. (Zurufe: Das wollt Ihr ja nur.) Auch die Regierung muß nachgeben. (Großer Lärm).

Es wird darauf gegen den Widerspruch der Linken ein

Antrag auf Schluß der Debatte

angenommen. Ein Unabhängiger ruft den Mehrheitssozialdemokraten zu: Ihr seid schon längst keine Mehrheitssozialdemokraten mehr, was auf der Rechten stürmische Entrüstung erregt.

Von den Unabhängigen liegt folgender Zusatzantrag vor: Der Kongreß wird sofort die Reichsregierung ersuchen, die berechtigten Forderungen zu erfüllen.

Der Vorsitzende läßt über den Antrag Cohen-Reuß und diesen Zusatzantrag irrtümlich zugleich abstimmen. Dagegen wird Einspruch erhoben. Kaliske erklärt, wir können keine Forderung als berechtigt anerkennen, die wir gar nicht kennen. Die Herabsetzung der 7½ stündigen Arbeitszeit auf eine sechsstündige und ein Lohnaufschlag von 25 Prozent außerdem noch ist eine Forderung, die

jeden Gewerkschaftler mit Scham erfüllen

muß. (Große lärmende Unterbrechung). Jawohl, mit Scham erfüllen muß. Der Tumult steigert sich dabei immer noch mehr. Viele Mitglieder haben ihre Plätze verlassen und drängen sich an den Vorstandstisch.

Kaliske schlägt vor, in dem Zusatz der Unabhängigen zu sagen statt „die berechtigten Forderungen" „berechtigte Forderungen". Die schon vollzogene Abstimmung über den Antrag Cohen-Reuß und über den Zusatzantrag wird nach weiteren stürmischen Auseinandersetzungen wiederholt. Nunmehr wird der Antrag Cohen einstimmig angenommen, während der unabhängige Zusatzantrag abgelehnt wird. Dafür wird folgender Zusatzantrag der Mehrheitssozialdemokratie angenommen: Von der Reichsregierung wird erwartet, daß berechtigte Forderungen der Bergarbeiter erfüllt werden.

Stolt (Soldatenfraktion) sprach dann ausführlich über die Forderung der Soldaten.

Eine erregte Geschäftsordnungsdebatte entwickelte sich darüber, ob der Kommunist Jardasch, der von der U. S. P. als Redner angemeldet war, das Wort erhalten kann oder nicht. Präsident Leinert macht darauf aufmerksam, daß auf diese Weise Wilde bei einer Partei unterschlüpfen können und so die Möglichkeit besäßen, Reden zu halten, deren Bedeutung die Oeffentlichkeit an dieser Stelle ein falsches Bild geben könne. Die Unabhängigen strichen schließlich Jardasch von der Rednerliste.

Um ½2 Uhr trat die Mittagspause ein.

Die Nachmittagssitzung wurde um 3½ Uhr durch den Vorsitzenden Hauschild eröffnet. Es liegen wieder

eine Reihe Begrüßungstelegramme

vor. Stolt teilt mit, daß nach einem Telegramm der Zentrale des Niederbarnimer Soldatenrates das Sicherheitsbataillon nachts durch ein Bataillon des Landesjägerkorps überfallen worden sei und noch heute festgehalten werde, um entwaffnet zu werden. Cohen-Reuß nimmt dann zu der in der Diskussion gegen den Zentralrat vorgebrachten Kritik Stellung. Kaliskis Ausführungen, daß gearbeitet werden müsse, könne er nur unterschreiben. Richard Müller habe ungefähr gesagt: Der Zentralrat ist schwarz, die Regierung noch schwärzer, aber von den Unabhängigen gelte das Wort: Dies Kind, kein Engel ist so rein. Die Unabhängigen behaupten, nicht in den Zentralrat gegangen zu sein, weil er zu reaktionär sei. Aber die Unabhängigen haben eine Dummheit damit begangen, denn sie hätten durch den Zentralrat auch auf die Regierung Einfluß gewonnen. Wenn Stolt die militärischen Maßnahmen nicht billige, so sei zu sagen, daß die Regierung sich auch verteidigen könne, wenn sie mit Maschinengewehren angegriffen werde. Im Januar sei um ein Haar die Regierung überwältigt worden. Ich gestehe Ihnen (zu den Unabhängigen gewendet) auch heute das Recht auf Revolution zu, aber Sie dürfen uns nicht das Recht verweigern,

uns so lange zu halten, wie wir können.

Die weiteren Ausführungen richten sich ausschließlich gegen die Unabhängigen. Die Schwierigkeiten der Regierung sind so groß, daß, wenn Sie (zu den Unabhängigen) an der Arbeit säßen, Sie genau so angegriffen würden wie wir, und auch Sie könnten es nicht besser machen. Müller hat soeben den Professor Eltzbacher als Kennzeichen des Bolschewismus hingestellt. Das ist aber ein Irrtum. Eltzbacher hat erklärt, entweder wir werden von der Entente erdrosselt, oder wir kommen zum Bolschewismus. Die Vorgänge im März bedauern auch wir aufs Tiefste und unterschreiben durchaus nicht

---

Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Gantzer.

30. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Und wenn Fridolin Gelbmeyer so oder ähnlich sprach, lächelte er die Menschen aus seinen blauen Augen, die wie zwei tiefklare Bergwässer in dem faltigen Gesicht standen und es wunderlich verjüngten, herzhaft fröhlich an. Und wenn er eine frohgeartete Erwiderung in des anderen Augen fand, glaubte er mit gutem Recht eine weitere Annäherung versuchen zu dürfen: dann tat er das Schatzkästlein in seinem Humorstüblein auf und wies ein artiges Histörchen oder ein schnurriges Stücklein aus alter oder neuer Zeit als goldenen Zierat oder als eine reine, wasserhelle Perle. Fand er damit Anerkennung, so war er gewiß, daß er seinen Zuhörer als Anhänger seiner Lebensauffassung gewonnen hatte, und belohnte ihn mit der Erzählung einer Geschichte, die einem beim Anhören vor Vergnügen das Wasser in die Augen trieb.

Seit einem Vierteljahrhundert fast hatte er seine gärtnerischen Künste in den Dienst des Rosenhauses gestellt und war seinem Besitzer helfender Freund und Berater gewesen. Er wußte in den Anlagen so genau Bescheid wie in dem Schatzkästchen seines Humors. Jeder Rosenstock war ihm wie ein liebes Kind, von jedem wußte er Geburtstag, Namen und Lebensschicksale. Er nannte die widerwilligen Blüher und die dankbaren und hatte für jeden das Mittelchen zur Hand, das der jeweiligen Art als Ansporn oder als Belohnung zukam. Wenn er zum erstenmal im Jahre im Rosenhaus erschien, war es gewiß, daß der Frühling nun wirklich da war. Und wenn er zum letztenmal ging, im frühen oder späten November, dann stand der Winter als Gast bestimmt vor der Tür.

Matthias Bruckmüller hatte dem guten Alten sein volles Vertrauen geschenkt, ihn fast seiner Freundschaft gewürdigt. Was ihm Fridolin Gelbmeyer in bezug auf die Rosen geraten, das hatte er als Evangelium Angenommen. „Gelbmeyer sagt und Gelbmeyer meint." Und damit basta und raten, das hatte er als Evangelium hingenommen. „Gelbmeyer gesagt und Gelbmeyer gemeint hatte. Ohne ihn wäre es überhaupt nicht gegangen. -

Was würde nun sein? Würde man ihn noch haben wollen? Hieß es am Ende bei den neuen Menschen im Rosenhause nun: „Ach was, Fidolin Gelbmeyer! Wer ist, was will Fridolin Gelbmeyer? Es geht ohne ihn!"

Mit stiller Angst stellte sich daher Fridolin heuer ein. Zwar lachte ihn Emilie in alter Freude an, als er vor ihr stand, aber sie war nicht maßgebend, sie hatte hier nichts zu sagen, ebensowenig wie früher.

Zitternd, nervös mit der Rosenschere knipsend, wartete er im Flur auf ihre Rückkehr; denn sie war gegangen, um Beerbachs die Ankunft des wirklichen und wahrhaftigen Frühlingsboten anzuzeigen und sich zu erkundigen, ob er gehen oder bleiben solle.

Die Abgesandte brachte die Frau Doktor selbst. Und nach kurzem Hin und Her war man sich einig. Gewiß, es bliebe so, wie es immer gewesen. Er möchte nur ganz nach gewohnter Tätigkeit beginnen.

Herrgott, das Herz Fridolin Gelbmeyers hüpfte wie weidefrohe Lämmer, denen die maigrüne Wiese am Berge winkt.

Ein helles Singen war in seinem Sinn, als er die Rosenkronen aus ihren Grabhügeln hob, so hell wie der Laut aus der Brust eines frühlingsgewissen, lebensfrohen Jungmädchens. Aber doch ein wehes Beben auch, daß der alte Herr des Rosenhauses nun unter einem Grabhügel ruhte, dessen Entfernung nicht in der Machtvollkommenheit Fridolin Gelbmeyers stand, sondern in einer anderen Welt lag. —

Die Ankunft Fridolin Gelbmeyers war indes an diesem Tage nicht das einzige Ereignis für das Rosenhaus. Es ist dringend erforderlich, eines zweiten Geschehnisses, über dessen Bedeutung man ja verschiedener Ansicht sein kann, Erwähnung zu tun: Thomas Bruckmüller hatte den Bau seiner Behausung beendet. Ueber der mäßig tiefen Grube erhob sich der kunstvolle Aufbau aus Rasenstücken, zu denen in skrupelloser Besitzergreifung durch Thomas leider eine Anzahl Rosenstäbe, die im Stallgebäude ihre Winterruhe gehalten, als Stützen Verwendung gefunden hatten.

Abgesehen von dieser Eigenmächtigkeit, konnte man dem Baumeister seine Anerkennung nicht versagen. Er hatte sich große Mühe gegeben, seinen Wohnraum möglichst praktisch herzurichten. Alles sah wunderschön sauber und nett aus. Und hätte man denselben Wohnungsgelüsten wie Thomas gehuldigt, wäre man in Versuchung geraten, ihn aus seinem Erdschlosse zu vertreiben, wie der wenig baufreudige Fuchs den fleißigen Dachs aus seiner mühsam hergerichteten Höhle, um sie für sich in Anspruch zu nehmen.

Fridolin Gelbmeyer war auf das ihm bisher nicht bekannte Bauwerk aufmerksam geworden und hatte sich herzugemacht, es aus der Nähe zu besichtigen. Da Thomas ins Feld gegangen war, sich zu seiner Suppe für den Mittag die nötigen Frühlingskräuter zu holen, konnte er die Besichtigung in ungestörter Muße vornehmen.

Er wußte nicht so recht, was er aus der Sache machen solle. Man konnte die Anlage für einen Gemüsekeller halten, durfte aber auch daran denken, daß vielleicht Knaben eine Indianerhütte errichtet hatten.

Als er noch kopfschüttelnd davor stand und eine endgültige Erklärung nicht zu finden vermochte, kam Rosemarie vom Hause her.

Sie hatte von der Anwesenheit Fridolins durch Emilie gehört und infolge der begeisterten Charakterschilderung des Alten durch sie das Verlangen gehabt, ihn kennen zu lernen.

Nach einem kurzen Her und Hin hatten sie sich miteinander bekannt gemacht und gleich empfunden, daß sie zueinander paßten und gute Freunde werden würden. Denn das ist nun einmal nicht anders zwischen Menschen, in denen gleiche Saiten klingen: man fühlt die seelische Verwandtschaft gewissermaßen, man ahnt sie instinktiv. Es geht ein Fluidum herüber und hinüber, es erfolgt das unbewußte Einschalten des Stromes, und der Kontakt ist da.

Schon nach Sekunden lachten sich die blauen Augen Fridolin Gelbmeyers und die um eine Nüance dunkleren Rosemariens herzhaft an.

„Ist das nicht ein prächtiges Haus?" fragte Rosemarie.

Fridolin wiegte seinen Kopf. „Warum nicht, zur Not wohnt man darin."

„Na, ich danke! Ich möchte nicht der Bewohner sein."

„Zum Spaß? Für Jungs? . . . Das haben gewiß Ihre Brüder gebaut?"

„Nein, mein Vetter."

„Das muß man sagen, 'n geschickter Jung' ist das. So akkurat. Bloß die Rosenstäbe hätte er nicht nehmen sollen. Die brauchen wir in ein paar Wochen, wenn die Rosen von der Erde losgehackt werden."

„Ach, Herr Gelbmeyer", lachte Rosemarie hell auf. „Mein Vetter ist ja gar kein Junge mehr, sondern ein Mann von bald vierzig Jahren. Und der will wirklich in dieser Hundehütte wohnen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190410017/fragment/page=0002

alle Maßnahmen der Offiziere, aber solche Uebergriffe kommen eben vor. Die Noskeschen Truppen haben aber erst eingegriffen, als am Alexanderplatz in 12 Lokalen geplündert worden war und Tote dalagen. Lenin gab selbst zu, daß man

zu den Akkordlöhnen zurückkommen müsse.

Er verlangt eine Arbeitsdisziplin, wie sie zurzeit in Deutschland überhaupt niemand zu verlangen wagen würde. Wir wollen uns auch nicht in eine Todfeindschaft gegenüber Frankreich hineinhetzen lassen. Eine Politik der Besserung unseres Verhältnisses zu Frankreich richtet sich auch nicht gegen England.

Zwei Mitglieder des Petersburger A.- und S.-Rates werden als Gäste und auch zum Wort zugelassen werden.

Braß (U. S. P.) beginnt mit heftigen Ausfällen gegen die Machenschaften der Weißen Garde. Dann geht er mit den schärfsten Angriffen gegen Noske vor.

(Fortsetzung folgt in der Nachmittags-Ausgabe.)

Der deutsche Reichshaushaltsplan.

WTB. **Berlin**, 9. April. Aus dem Entwurf des Haushaltsplanes für 1919 ist noch hervorzuheben: Für den Reichspräsidenten werden neben dem Gehalt von 100 000 Mark für andere persönliche und sachliche Ausgaben 500 000 Mark angefordert. Aus der letztgenannten Summe wird der gesamte dienstliche Aufwand des Reichspräsidenten einschließlich der Besoldungen der Angestellten, Reise- und Umzugsgebührnisse, Unterhalt usw. bestritten. Der Präsident des Reichsministeriums erhält die Bezüge des bisherigen Reichskanzlers, nämlich 36 000 Mark Gehalt und 64 000 Mk. Aufwandsgelder. Die Stelle des Stellvertreters des Reichskanzlers fällt weg. Der Reichsminister des Auswärtigen erhält 36 000 Mark Gehalt und 14 000 Mark Aufwandsgelder. Die übrigen Reichsminister, auch diejenigen, die nicht zugleich Chefs der oberen Reichsbehörden sind, erhalten 30 000 Mark Gehalt und 14 000 Mark Aufwandsgelder. Für das Auswärtige Amt ist ein zweiter Unterstaatssekretär angefordert. Die politischen Verhältnisse gegenüber Rußland und Rumänien, sowie die Anerkennung Finnlands, Georgiens und der Ukraine als selbständige Staaten macht die Einrichtung diplomatischer Vertretungen in diesen Staaten erforderlich. Es sind daher für Bukarest und Helsingfors Gesandtschaften, für Kiew, Moskau und Tiflis diplomatische Vertretungen vorgesehen. Die bisherigen Generalkonsulate in Moskau und Sankt Petersburg werden wieder eingerichtet. Für Unterstützung hilfsbedürftiger Reichsangehöriger im Auslande und für die Heimschaffung hilfsbedürftiger Seeleute sind 100 000 Mk. ausgewiesen, für die Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Auslande 3 Millionen Mark. Die Verzinsung der Reichsschulden erfordert 7 877 362 491 Mark. Die allgemeine Tilgung macht 79 275 713 Mark.

Gefährdete Lage in Düsseldorf?

Kleine Abteilungen Regierungstruppen überfallen.

WTB. **Düsseldorf**, 9. April. Neben dem politischen Generalstreik stellen die Arbeiter vieler Betriebe jetzt auch wirtschaftliche Forderungen, und zwar einen Mindestlohn von 3,50 Mark für gelernte und von 3 Mark für ungelernte Arbeiter. Die Angestellten der städtischen Straßenbahn verlangen dasselbe, und beschlossen, weiter zu streiken. Auch die Schneider streiken. Die Stadt ist nachts dunkel. Gestern gab es eine kurze heftige Schießerei vor dem Sitz der Regierungstruppen. Der mit Entente-Lebensmitteln nach Düsseldorf bestimmte Rheindampfer wird so lange unter belgischer Bewachung am linken Rheinufer festgehalten, bis die Streikunruhen beendet sind.

WTB. **Düsseldorf**, 9. April. Im Laufe des heutigen Vormittags kam es zu ernsten Ausschreitungen. An mehreren Stellen wurden kleine Abteilungen Regierungstruppen auf der Straße überfallen und gewaltsam entwaffnet. Auf dem Hindenburgwall unternahmen bewaffnete Zivilisten einen förmlichen Feuerüberfall auf Posten der Regierungstruppen. Es entwickelte sich eine heftige Schießerei. Ein Zivilist wurde tot vom Platze getragen. Wie es heißt, sind jedoch noch mehrere Todesopfer vorgekommen. Schließlich blieben die Regierungstruppen Herren der Lage. Doch dauern die erregten Ansammlungen auf der Straße fort.

Wilson wieder hergestellt.

Basel, 9. April. (Eigene Drahtnachricht.) Havas meldet aus Paris: Wilson ist wieder hergestellt. In Sachen der Schuldfrage verlangen die Engländer und die Franzosen die Auslieferung und Aburteilung Wilhelms I., während die Amerikaner keine rechtliche Basis für ein solches Vorgehen zu finden vermögen. In der Anerkennung der Schuld des Exkaisers sind jedoch beide Teile einig.

Ein Ultimatum Wilsons?

Die Zwistigkeiten innerhalb der Entente.

WTB. **Amsterdam**, 9. April. Dem „Algemeen Handelsblad" wird aus London gemeldet: Der Pariser Berichterstatter des „Daily Chronicle" teilt mit, daß Wilson unter dem Eindruck der fortschreitenden Entwickelung des Bolschewismus stehe. Der Präsident hat das Zögern der Friedenskonferenz satt und hat beschlossen, die europäischen Friedensmacher ihre eigene Suppe kochen zu lassen.

WTB. **Amsterdam**, 9. April. Einer Radiomeldung aus New York zufolge melden alle New Yorker Blätter, daß eine Krise in der Friedenskonferenz eingetreten ist. Eine von einer hohen Persönlichkeit over von dem Attaché der amerikanischen Delegation gegebene anscheinend inspirierte Mitteilung besagt, daß Wilson direkt oder indirekt ein Ultimatum überreicht und erklärt habe, daß er keine Konzessionen mehr machen werde. Die Anforderung des „George Washington" wird als endgültige Drohung ausgelegt, daß der Präsident sich zurückziehen werde, wenn die Konferenz zur einen toten Punkt kommt. Die New Yorker Zeitungen enthalten Artikel mit folgenden Ueberschriften: „Wilson warnt, daß er keine Konzessionen mehr machen werde", „In letzter Stunde", „Wilson will sofortigen Frieden schließen", „Wilson überreicht den Alliierten ein Ultimatum". Dem „New York Herald" zufolge entstand in den letzten Beratungen des Viererrates eine sehr große Spannung. Auf der ganzen Friedenskonferenz ist man der Ansicht, daß man in ein neues kritisches Stadium getreten ist. Eine der verantwortlichsten, mit Wilson assoziierten Persönlichkeiten erklärte, sie würden nicht erstaunt sein, wenn die amerikanische Teilnahme an der Friedenskonferenz ein vorzeitiges Ende finde. Dieser Zustand würde eintreten, wenn die durch Einzelheiten bedingte Verzögerung des Friedens noch länger anhält.

Böswillige französische Fälschungen.

WTB. **Berlin**, 9. April. Die Pariser Zeitung „Démocratie Nouvelle" vom 5. März veröffentlicht drei phantastische Entwürfe von angeblichen Friedensverträgen, die ein siegreiches Deutschland seinen Gegnern habe auferlegen wollen. Der erste Entwurf, als dessen angeblicher Urheber Botschafter Graf Bernstorff genannt wird, verlangt unter anderm die Abtretung aller französischen Kolonien und bedeutende französische Gebietsteile, sowie zehn Milliarden Kriegsentschädigung.

Graf Bernstorff erklärt hierzu einem Vertreter des Wolffschen Büros gegenüber folgendes:

Der mir zugeschriebene Entwurf eines Friedensvertrages ist von A bis Z böswillige Fälschung, die lediglich bezweckt, die imperialistischen Forderungen Frankreichs vor der Welt zu rechtfertigen. Es handelt sich offenbar um die phantasievolle Meldung einer amerikanischen Zeitung aus dem September 1914, die ich bereits mehrfach dementiert habe. Ich habe überhaupt niemals einen Entwurf für den Friedensvertrag ausgearbeitet. Ein einziges Mal übermittelte ich Friedensbedingungen der früheren deutschen Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, nämlich im Januar 1917. Dieselben enthielten indessen gerade bezüglich Frankreichs überaus mäßige Forderungen. Ueber die beiden anderen Friedensentwürfe kann, wie der Vertreter des Wolffschen Büros erfährt, eine amtliche Erklärung erst erfolgen, wenn der Wortlaut der französischen Meldung vorliegt.

Erklärung einer Republik Irland?

Lugano, 9. April. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Londoner Drahtmeldung des „Secolo" steht die Proklamierung einer unabhängigen Republik Irland mit dem Sinnfeiner-Führer Devalera als Präsident bevor. Der Journalist Geistisel ist zum Außenminister ausersehen.

Deutsches Reich.

Bayerische „Bankräte".

München, 9. April. (Eig. Drahtnachricht.) Hier wurde ein revolutionärer Bankrat eingesetzt, der für den heutigen Tag die Schließung der Banken und Bankgeschäfte in ganz Bayern angeordnet hat. Zum Zwecke der Neuorganisation an den einzelnen Bankplätzen werden sofort Bankräte eingesetzt, die für die sofortige Einsetzung von Betriebsräten Sorge zu tragen haben. Die Betriebsräte sollen verhindern, daß von Bayern Kapital ins Ausland abwandert. Sie haben ferner alle abgehenden Schriftstücke, Schecks usw. gegenzuzeichnen und das Mitbestimmungsrecht der Personalveränderungen.

Der Streik bei den Berliner Banken.

Berlin, 9. April. Ueber den Stand der Streikbewegung bei den Berliner Großbanken läßt sich zurzeit sagen, daß die Beamten der Kommerz- und Diskontobank, der Mitteldeutschen Privatbank, der Diskontogesellschaft, der Dresdner Bank und der Bank für Handel und Industrie zur Arbeit nicht erschienen sind. Die Angestellten der Nationalbank für Deutschland und der Deutschen Bank arbeiten, doch wird zurzeit über die Stellungnahme zum Streik abgestimmt. Unberührt von der Streikbewegung sind die Berliner Handelsgesellschaft und die Reichsbank, sowie die Privatbankfirmen. Doch ist zu befürchten, daß der Streik auch auf letztere übergreifen würde, wenn die Privatbankfirmen ihre Angestellten zur Erledigung der Arbeiten bei den Großbanken heranziehen würden.

Speck und Schmalz in Hamburg.

Hamburg, 9. April. 8000 Tonnen Speck und Schmalz sind mit dem amerikanischen Dampfer „Samarinda", dem sechsten hier angekommenen Lebensmittelschiff, im hiesigen Hafen eingetroffen.

Halle und Umgegend.

Halle, den 10. April 1919.

Weitere Plünderprozesse.

Schwerer Landfriedensbruch.

In der siebenten Schwurgerichtssitzung vom 8. April unter dem Vorsitze des Herrn Landgerichtsrats Hoffmann wurden als Geschworene ausgelost die Herren Agent Rich. Eccius (Halle), Fleischermeister Karl Kraneis (Halle), Postassistent Paul Blönnsdorf (Halle), Kaufmann Fritz Schmidt (Halle), Platzmeister Ernst Enke (Halle), Gutsbesitzer Karl Böttcher (Raunitz), Professor Rich. Urbach (Halle, Obmann), Fleischermeister Gust. Fischer (Halle), Gärtnereibesitzer Herm. Küstner (Halle), Gutsbesitzer Julius Wegeleben (Spickendorf), Gutsbesitzer Albin Winter (Löbejün), Maurermeister Ernst Reichardt (Halle). Die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Dankwortt, die Verteidigung führten Justizrat Peters und Rechtsanwalt Dr. Schiller.

Angeklagt waren die Arbeiterinnen Emma Ratsch und Klara Heinze, der Zimmermann Otto Hahn, der Maurergeselle Franz Beyer und sein Sohn, der Holzarbeiter Kurt Beyer, sämtlich wegen schweren Landfriedensbruches. Die noch nicht bestrafte Ratsch ist 1896 geboren und wohnte damals mit der 1897 geborenen Heinze zusammen in der Schneerstraße; am Sonntag, den 2. März, waren sie zu einem Vergnügen gewesen und auf dem Nachhausewege bei Pottel & Broskowski vorbeigekommen. Die H. ist etwas später nach Hause gekommen als die R. und hatte einige Sachen (zehn Teller und Gläser) mitgebracht, die sie aus dem Weinrestaurant im ersten Stockwerk geholt hatte; die H. ging dann ein zweiter Mal fort und forderte die R. auf, mitzukommen, was diese auch tat. Während die H. nunmehr vier Wassergläser und zwei Weingläser mitgehen ließ, nahm die R. einen Anzug, zwei Lampen, drei Handseger, einen Vorhang, ein Sektglas, einen Eierbecher und zwei Stühle und ließ sich durch einen Soldaten beim Fortragen helfen.

Der noch nicht bestrafte Hahn ist 1889 geboren und Dezember 1918 aus dem Heeresdienst entlassen; er ist am Abend des 2. März von Hause fortgegangen in der Absicht, Lebensmittel bei Pottel & Broskowski zu erlangen, da er gehört hatte, daß hier geplündert werden sollte, es gelang ihm aber nur, zwei Flaschen Wein zu bekommen. Am Montag früh zwischen 8 und 9 Uhr sei er dann nach der Großen Ulrichstraße gegangen, um sich den angerichteten Schaden anzusehen und nach dem Lebensmittelgeschäfte von Gottschalk gekommen, wo die Plünderung im vollen Gange gewesen sei und er zehn Büchsen mit Blutkonserven genommen habe. Auf Vorhalt des Vorsitzenden gibt er an, damals sei er sich nicht bewußt gewesen, ein Unrecht zu begehen, heute sei ihm das aber klar.

Der als Zeuge anwesende Kaufmann Leo Broskowski gibt noch einmal eine Darstellung der bekannten Vorgänge, er begiffert seinen Verlust auf insgesamt 400 000 Mark.

Franz Beyer ist 1889 geboren und wie sein 1893 geborener Sohn Kurt noch nicht bestraft. Er ist am 2. März, abends gegen 11 Uhr, von seinem Bruder fortgegangen, um sich nach Hause zu begeben, bei bei Pottel vorbeigekommen und habe hier 8—10 Konservenbüchsen, die vor dem Hause gelegen haben, mitgenommen und nach Hause gebracht; er habe dann ein Säckchen genommen und sei zu Daolds Honigkuchenfabrik gegangen, wo er sich Zwiebäcke angeeignet habe, die dort von Leuten verteilt worden seien. Der Angeklagte hat die Sachen bei sich zu Hause so versteckt, daß sie erst bei der dritten Haussuchung gefunden wurden.

Kurt B. ist Soldat und 1914—1918 im Felde gewesen, dort Unteroffizier geworden und mit dem Eisernen Kreuze ausgezeichnet. Er ist am Nachmittage des 2. März in der Heide gewesen und hat sich auf dem Rückwege in der Neumarktstraße aufgehalten, wo geschossen wurde, hat sich dann als bei Pottel geschossen wurde, in der Nähe vor der Kaffeehalle aufgehalten und hier laut seinem Unmute über das schändliche Treiben Ausdruck gegeben, wie eine Zeugin bekundete, die von hier aus sich die Sache mitangesehen hat. Ein Matrose ist gekommen und hat ihm sein Gewehr und drei Flaschen Wein übergeben, welch letztere der Angeklagte für sich behalten hat.

Bei den ersten vier Angeklagten bejahten die Geschworenen die Schuldfragen nach Zusammenrottung und Plünderung, bejahten auch die Frage nach mildernden Umständen; das Gericht erkannte dann auf folgende Gefängnisstrafen: gegen die Ratsch ein Jahr drei Monate, außerdem zwei Jahre Ehrverlust, Heinze zwei Jahre sechs Monate, Hahn zwei Jahre, außerdem bei beiden fünf Jahre Ehrverlust, Franz Beyer ein Jahr sechs Monate, außerdem zwei Jahre Ehrverlust, Heinze und Hahn wurden sofort verhaftet. Bei Kurt B. verneinten die Geschworenen die Schuldfrage nach der Teilnahme an einer Zusammenrottung, bejahten aber die Schuldfrage nach Hehlerei (der drei Flaschen Wein), worauf das Gericht ihn wegen Hehlerei zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilte.

Aeußere Heilighaltung von Sonn- und Feiertagen.

Der Minister des Innern hat am 7. d. Mts. an die Regierungspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet: Die bisherige Handhabung der Bestimmungen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage entspricht nicht mehr dem heutigen Empfinden. Wenn es auch nicht geboten erscheint, die auf diesem Gebiete geltenden Polizeiverordnungen jetzt allgemein abzuändern, zumal Dringenderes zu tun ist, so erscheint doch ihre freiere, dem modernen Zeitgeiste mehr entsprechende Regelung und Handhabung am Platze. Insbesondere ist meinerseits nichts dagegen einzuwenden, wenn am Karfreitag das Bühnenweihfestspiel „Parsifal" von Richard Wagner, das Tuchsche Christusdrama oder andere Aufführungen dieser Art stattfinden. Im übrigen aber werden Theatervorstellungen an diesem Tage zu unterbleiben haben, schon mit Rücksicht auf die Wünsche der Bühnenangehörigen, für die der Karfreitag neben dem Bußtage der hergebrachte Ruhetag ist. Ich ersuche ergebenst, hiernach gelegentlich der bevorstehenden Feiertage zu verfahren und die Interessenten entsprechend zu verständigen. Dabei stelle ich die Entscheidung darüber, ob die Verständigung zweckmäßigerweise im Wege der öffentlichen Bekanntmachung oder durch unmittelbare Benachrichtigung der Theaterunternehmer und Konzertgeber zu geschehen hat, in das dortseitige Ermessen.

Elena Gerhardt, die hier und auswärts gefeierte Liedersängerin, singt am heutigen Donnerstag in dem von der Konzertdirektion Siegfried Kummerehl veranstalteten Brahms-Liederabend. Die Vortragsfolge ist aus dem Inserat ersichtlich.

Provinzial-Nachrichten.

? **Dessau**, 9. April. (Der Staatsrat) für Anhalt hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig folgende Entschließung gefaßt: Der in nächster Woche zusammentretenden Landesversammlung sollen folgende Gesetzentwürfe vorgelegt werden: 1. Ausdehnung des Gewerbesteuergesetzes auf landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Betriebe, 2. Aufhebung der Sonderstellung des Herzoglichen Hauses und Feststellung, daß das Herzogliche Haus die Steuern für die Zeit vom 9. November 1918 ab nachzuzahlen hat, 3. Bestimmung des 1. Mai und des 9. November zu gesetzlichen Feiertagen, 4. Einführung der Arbeiterräte in allen anhaltischen Betriebe nach den in Mitteldeutschland vereinbarten Grundsätzen, 5. Wertzuwachssteuer bei Besitzwechsel von Gebäuden und Grundstücken, 6. die sofortige Bildung eines Landesiedlungsamts. Der Staatsrat zieht weiter die Sozialisierung der forstwirtschaftlichen Betriebe in Erwägung.

— **Senftenberg**, 9. April. (Zu einer Revolte) kam es im hiesigen Gerichtsgefängnis. Als der erste Gefangenenaufseher die Zelle des Untersuchungsgefangenen Stöbke betrat, um diesem das Abendessen verabfolgen zu lassen, erhielt der Gefängniskost die dem Gefangenen verabreichte Portion Grütze ins Gesicht geschüttet. In demselben Moment stürzte sich Stöbke auf den danebenstehenden Gefangenenaufseher und griff ihn tätlich an. Ein Ringen entstand. Schließlich gelang es dem Verbrecher, den Gefangenenaufseher über das Geländer des Treppenganges zu zwängen, um ihn aus dem dritten in den untersten Korridor hinabzustürzen. Dem sich aus Geländer klammernden Gefangenenaufseher nahm er den Schlüssel ab und setzte einen großen Teil der Gefangenen in Freiheit. Ihm lag speziell daran, seine drei Komplizen Wilke, Richter und Winkler, welche tags zuvor wegen Pferdediebstahls in Meuro dem Gerichtsgefängnis zugeführt wurden, zu befreien. Insgesamt hatte er 15 Gefangenen die Zellentüren geöffnet. Mehrere Gefangene konnten wieder zurücktransportiert werden. Der Anführer der Bande, Stöbke, entkam in Richtung Kleinkoschen.

? **Zwickau**, 9. April. (Industriestreik.) Unter der Parole „Mehr Lebensmittel, gleiche Lebensmittelzulagen für alle Arbeiter" sind heute die industriellen Arbeiter in Zwickau mit Ausnahme der Bergarbeiter, in den Ausstand getreten. Tausende von Arbeitern und Angestellten veranstalteten Demonstrationszüge vor dem Rathaus und den Amtshauptmannschaftsgebäuden, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Ordnung ist bis zur Stunde aufrechterhalten worden. Bahn, Post und Telegraphie arbeiten weiter.

Vermischtes.

Eine englische Zeitung in Köln. Am 31. März ist die erste Nummer der von jetzt an täglich in Köln erscheinenden englischen Zeitung „The Cologne Post" ausgegeben worden. Die Redaktion der Zeitung wird von Offizieren der zweiten englischen Armee ausgeführt. Das Blatt meldet, daß Sir Douglas Haig in Kürze den Oberbefehl niederlegen werde.

Der sogenannte „gute Richter", der durch die Führung sensationeller Strafprozesse seit vielen Jahren bekannte Oberlandesgerichtsrat Wilhelm Meyer in München, Vorstand der Strafsachenabteilung am Amtsgericht München I, ist zum Präsidenten des Landgerichts München I (Stadt) ernannt worden.

Zum Bau des Kanaltunnels. Nach Meldungen aus London wurde in einer Sitzung der Unterhauskommission für den Bau des Kanaltunnels mitgeteilt, daß 310 Stimmen für die Förderung des Projektes sind. Sir Arthur Fell erklärte, daß der Tunnel gemeinschaftliches Eigentum von England und Frankreich werden soll.

Rasse Wäsche . . . Ein Berliner Leser berichtet der „Voss. Ztg." diese wahre Geschichte, für deren Echtheit er sich verbürgt: Meine Nachbarin — wir wohnen in der Oranienburger Straße — hat Wäsche aufgehängt, oben auf dem Boden. Sie steigt hinauf, sie zu holen: die Wäsche ist verschwunden. Die Frau läuft eiligst nach der Schönhauser Straße und — dort steht der Spitzbube und hält die frischgestohlene, nasse Wäsche feil. Ein Schutzmann verhilft der Frau zu ihrem Eigentum. Dem Verkäufer — Hehler oder Dieb? — soll nichts geschehen sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190410017/fragment/page=0003

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Sozialisierung der Geldinstitute in Ungarn.

Die Verordnung der ungarischen Räterepublik, die die Sozialisierung der Geldinstitute anordnet, lautet:

§ 1. Die revolutionäre Räteregierung beschließt die Sozialisierung der Geldinstitute. Sie beginnt die Sozialisierung damit, daß sie den Volksbeauftragten für Finanzwesen ermächtigt, die Leitung jener Geldanstalten zu übernehmen und deren Stellung unter Kontrolle zu verfügen, die er als geeignet zur Sozialisierung hält. Die unter räterepublikanische Leitung und Kontrolle gestellten Finanzinstitute werden kontrollierende Bevollmächtigte leiten, die der Volksbeauftragte für Finanzwesen ernennt, dessen Weisungen sie zu berücksichtigen haben.

§ 2. Bei jeder Art von Finanzinstituten kann jedermann von einer dortigen laufenden Rechnung oder sonstigen Einlage monatlich 10 Prozent der Einlage, höchstens aber 2000 K., beheben. In berücksichtigenswerten Fällen (Krankheit usw.) können auch mehr als 10 Prozent der Einlage, höchstens aber 1000 K. behoben werden.

§ 3. Für Arbeitslöhne und Beamtengehalte darf man die Einlagen unbeschränkt beheben, wenn der Produzent sicher ist oder in Ermangelung dessen Vertrauensmänner bestätigen, daß die zu erhebende Summe für die angegebenen Zwecke tatsächlich benötigt wird.

§ 44. In Gemeinbesitz übernommene Unternehmen können auf Grund der Bestätigung des Produktionskommissars die Einlagen zum Zwecke von Materialbeschaffung unbeschränkt beheben, wenn es unmöglich ist, die Zahlung im Wege von Ueberweisung zu leisten.

§ 5. Grundbesitzer können über das festgesetzte Maß mit Zustimmung des Volksbeauftragten für Ackerbau Geld nehmen, Lebensmittelbetriebe und Lebensmittelhändler mit Zustimmung des Volksbeauftragten für Volksernährung. Zentralen können aber ihre Einlagen über das festgesetzte Maß mit Zustimmung desjenigen Volkskommissars beheben, der über die betreffende Zentrale die Kontrolle ausübt.

§ 6. Ueberweisungen zu Lasten eines Kontokorrents oder einer Einlage kann jedermann für wen immer bei solchen Geldinstituten unbeschränkt vornehmen, die unter der Kontrolle des Volksbeauftragten für Finanzwesen stehen. Auf Geldinstitute, die nicht unter der Kontrolle der Räteregierung stehen, kann keine Ueberweisung vorgenommen werden.

§ 7. In das Ausland und auf die besetzten Gebiete Ungarns können Ueberweisungen nur mit der Genehmigung des Volksbeauftragten für Finanzwesen vorgenommen werden.

§ 8. Die Geldinstitute können hinsichtlich von Wertpapieren und sonstigen Werten keine Dispositionen durchführen, von welchen in der gegenwärtigen Verordnung keine Rede ist.

§ 9. Jedermann, der bei einem Geldinstitut eine Kontokorrent- oder sonstige Einlage hat, ist verpflichtet, innerhalb vierzehn Tagen seine Identität nachzuweisen. Bei Beträgen unter 5000 K. ist die Meldungspflicht 30 Tage. Wer seine Identität innerhalb des bezeichneten Termins nicht nachweist, dessen Einlage verfällt zugunsten des Aerars. Wer nachweist, daß er in dieser Ausweisleistung verhindert war, kann seine Identität auch nachträglich nachweisen. Gegen die unberechtigte Konfiszierung kann man sich mit einer Beschwerde an das Volkskommissariat für Finanzwesen wenden.

§ 10. Die Direktoren der Finanzinstitute können fortan keinen größeren Gehalt als 3000 K. monatlich bekommen. Alle jene, die auf Weisung des Volksbeauftragten für das Finanzwesen nicht amoviert wurden, haben in dem Institut ihre Arbeit nach wie vor systematisch zu verrichten. Auch die amovierten Direktoren sind verpflichtet, behufs Erteilung von Aufklärungen auf Anordnung des Volksbeauftragten für Finanzwesen in den Anstalten zu erscheinen. Die Bestimmungen dieses Paragraphen beziehen sich auch auf Vizedirektoren und andere Angestellte.

§ 11. Ohne Zustimmung des Volksbeauftragten für Finanzwesen kann das Einkommen der Angestellten der Finanzinstitute nicht erhöht werden.

§ 12. Der Volksbeauftragte für Finanzwesen kann im Bedarfsfalle Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung bewilligen.

§ 13. Ueber jene, die die Bestimmungen dieser Verordnung verletzen, urteilt das revolutionäre Gericht.

Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt A.-G. in Halle.

Der Vorstand führt in seinem Bericht u. a. folgendes aus:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erstreckte sich in dem Berichtsjahr in der Hauptsache auf die Aufnahme der Elektrizitäts-Großversorgung in der Provinz Sachsen. Hierbei wirkten die Kriegsverhältnisse außerordentlich hindernd. Zunächst wurden die vom Provinzialverband der Provinz Sachsen abgeschlossenen Strombezugsverträge mit den Harbker Kohlenwerken in Helmstedt zur Stromlieferung aus dem Kraftwerk in Harbke und der Chemischen Fabrik Buckau in Magdeburg zur Stromlieferung aus den Kraftwerken in Ammendorf und Gröbers zum 1. April 1918 übernommen. Aus dem Kraftwerk in Harbke wurden die Ueberlandzentralen Weferlingen und Börde, sowie eine Reihe von Kaliwerken mit Strom versorgt. In dem neuen Geschäftsjahr 1919 wurde ferner bereits aus diesem Kraftwerk die Stromlieferung an die Stadt Magdeburg, sowie an die Ueberlandzentrale Crottorf aufgenommen. Aus den Kraftwerken in Ammendorf und Gröbers wurde die Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld, sowie die Straßenbahn Halle-Merseburg mit Strom versorgt. In dem neuen Geschäftsjahr 1919 wurde ferner die Stromlieferung an die Ueberlandzentrale der Leipziger Landkraftwerke in Kulkwitz aufgenommen.

Außer dem Abschluß der Stromlieferungsverträge mit den Ueberlandzentralen Crottorf und Kulkwitz konnte die Werbung neuer Abnehmer nicht in dem für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft erwünschten Maße gefördert werden. Besondere Schwierigkeiten bereiteten hierbei 1. der Mangel an Maschinenleistung in den zur Verfügung stehenden Kraftwerken, sowie die Unmöglichkeit, weitere Strombezugsverträge abzuschließen, weil die in Frage kommenden Kraftwerke in ihrer Leistungsfähigkeit voll ausgenutzt waren; 2. die Unmöglichkeit, die für die Gewinnung neuer Abnehmer erforderlichen Leitungen zu bauen, da das notwendige Leitungsmaterial für Kriegszwecke voll in Anspruch genommen wurde und eine Freigabe sich nicht ermöglichen ließ.

Die Stromabgabe stellte sich im Berichtsjahr auf 17 201 992 KW.

Wenn wir auch für das neue Geschäftsjahr eine Minderung der oben angegebenen Schwierigkeiten und damit eine Besserung der Verhältnisse erwarten, so verhindern doch andererseits die politischen Verhältnisse, der Rohstoffmangel, die gewaltig gestiegenen Löhne und das Daniederliegen unserer gesamten Wirtschaft einen günstigen Ausblick für die nächste Zukunft. Die Stromabgabe wird jedoch im laufenden Geschäftsjahr eine beträchtliche Zunahme erfahren.

In der Gewinn- und Verlust-Rechnung werden ausgewiesen: Betriebsausgaben 730 552,72 Mk., Verwaltungskosten 140 207,22 Mark, Gewinn 70 727,96 Mk., Einnahmen 941 487,90 Mk. Die Gewinnverteilung wird in folgender Weise vorgeschlagen: 5 Prozent für den gesetzlichen Reservefonds 3 536,40 Mk., 1¼ Prozent auf das eingezahlte Aktienkapital 4 800 000 Mk., 60 000 Mk., 1¼ Prozent auf das am 18. 2. 1918 eingezahlte Aktienkapital von 50 000 Mk. = 25 Prozent der jungen Aktien, 541,67 Mk., Vortrag auf 1919 6 649,39 Mk.

Die Börse unter dem Einfluß des Bankbeamtenstreiks

Berlin, 9. April. Das vollkommen Neue und Ueberraschende im Bankgewerbe, nämlich der Streik, machte sich an der [illegible] Dis-kontogesellschaft, Dresdener Bank, Darmstädter Bank, Kommerz- und Diskontobank und Mitteldeutsche Kreditbank, keine Aufträge ausführten, die Nationalbank dies aus technischen Gründen nicht konnte, weil ihre Angestellten zur Abstimmung über die Streikbeteiligung der Börse ferngeblieben waren, und nur die Deutsche Bank und die Berliner Handelsgesellschaft arbeiteten, wie gewöhnlich. Im Betriebe der Börse war also nur äußerlich an den verwaisten Tischen der Großbanken, um die sich sonst die Angestellten und Börsenmakler drängten, etwas zu merken. Auch die Börsenstimmung spiegelte keineswegs die Wirkung der Streikbewegung wieder. Ausländische Rentenwerte setzten vielmehr im Zusammenhang mit der weiteren Entwertung unserer Valuta ihre Steigerung in beinahe stürmischem Tempo fort. So stiegen Türkische Tabakaktien und die im freien Verkehr gehandelten Steaua Romana-Aktien um 20, Kanada um 10 Prozent, und die übrigen gleichartigen Werte um 5—6 Prozent. Auch Schiffahrts- und Montanwerte erfuhren bei stillerem Geschäft Steigerungen bis zu 2 Prozent, mit Ausnahme der Oberschlesischen Werte, wo die Ankündigung einer nur fünfprozentigen Dividende für Oberschlesische Eisenbahnbedarf-Aktien einen kräftigen Rückschlag in diesen und in minderem Maße in den anderen oberschlesischen Papieren auslöste. Kolonialwerte lagen etwas ruhiger bei weiter erhöhten Kursen. Auf den übrigen Marktgebieten war es recht still, bei nicht ganz einheitlicher Kursbildung. Kriegsanleihe 83⅝, alte Anleihen etwas höher, österreichische Renten fest, ungarische Renten sehr still.

Devisenkurse.

Berlin, 9. April.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—,—	—,—	—,—	—,—
Holland	100 fl.	482,00	48 ,50	472,00	472 50
Dänemark	100 Kr	295.00	295.50	290,00	90.50
Schweden	100 Kr	314 75	315.25	309.75	310.2
Norwegen	100 Kr.	304.75	305,50	299.75	300.25
Schweiz	100 Fr.	2 8.75	239.00	233.75	34.00
Wien / Budapest	100 K.	44,95	45.05	44,95	45,05
Bulgarien	100 Leva	—,—	—,—	—,—	—,—

Konstantinopel Geld —,— Brief —,— für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 176.00 Brief 177.80 für 100 Pesetas

Helsingfors 112.75 113.25 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Bevorstehende Preiskorrektur beim Roheisenverband. Der Roheisenverband wird bereits im Laufe nächster Woche seinen früheren Beschluß einer Preiskorrektur nach unten hin unterziehen und zwar auf Weisung von Berlin aus.

+ **Neue Bromfabrik.** Die zum Konzern der deutschen Solvaywerke gehörige Chemischen Fabriken Bernburg G. m. b. H. in Bernburg beabsichtigen in Bernburg im Anschluß an ihre Sulfatfabrik eine Bromfabrik zu errichten.

Deutsche Valuta im Auslande. Wie die „M. Ztg." von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, versuchen holländische Bankfirmen Gelder aus Deutschland zu sich herüberzuziehen, indem sie teilweise bis 8 Prozent Zinsen versprechen. Diese außerordentlich hohe Verzinsung weist darauf hin, daß es sich hier um spekulative Manöver handelt. Man nimmt anscheinend im Auslande an, daß der Kurs der Markwährung seinen Tiefstand bald erreicht haben wird und daß dann eine Besserung unserer Valuta in Aussicht steht. (Zurzeit ist die Uebermittelung deutschen Geldes in das Ausland nur unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften statthaft.)

C. D. Magirus A.-G. Ulm an der Donau. Der Auftragsbestand ist durch Abbestellung von Heeresaufträgen zurückgegangen, andererseits ist es möglich gewesen, einen gewissen Ausgleich durch volle Wiederaufnahme der Herstellung von Feuerwehrgeräten und durch Hereinnahme von Friedensaufträgen in Kraftwagen und Eisenbahnwagen zu schaffen. Bei Beurteilung der Aussichten für die Zukunft müssen die Belastung durch die Einführung des achtstündigen Arbeitstages, die erhebliche Verminderung der Arbeitsleistung und die hohen Löhne und Gehälter berücksichtigt werden. Zu dem Schuldnerkonto der Bilanz ist zu bemerken, daß sich darin ein von der Tochtergesellschaft, der Magirus Werk Berlin G. m. b. H. zu Berlin, geschuldeter Betrag von 860 786 Mk. befindet. Dieser Betrag hat sich im laufenden Jahre durch Volleinzahlung des Stammkapitals der genannten Tochtergesellschaft auf eine Million um 600 000 Mark ermäßigt. Der Betriebsüberschuß stieg 1918 auf 3 166 910 (i. V. 2 981 530) Mk. Dazu treten 61 910 (94 925) Mk. Zinsen, 3695 (4021) Mk. Mieten und 45 157 (54 383) Mk. Vortrag. Dagegen erforderten Handlungsunkosten 1 078 435 (1 073 446) Mk., Familienunterstützungen und sonstige Zuwendungen 283 023 (200 135) Mk. und Kursverlust an Wertpapieren 175 000 (15 000) Mk. Nach Abschreibungen von 791 590 (775 787) Mk. sowie nach Rückstellung von wieder 4500 Mk. für Talonsteuer verbleibt ein Reingewinn von 945 126 (1 085 990) Mk., der wie folgt verteilt werden soll: 18 Proz. Dividende (i. V. 15 und ein Bonus von 7½ Proz.) = 810 000 (843 750) Mk., Tantieme des Aufsichtsrats 90 006 (77 083) Mk., Vortrag 45 126 (45 157) Mark. Im Vorjahre wurden außerdem dem Reservefonds 120 000 Mark zugeführt.

Unterlassene Angabe ausländischer Wertpapiere in der Steuererklärung. Nach der Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen, betreffend die Ueberlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich, haben die Besitzer von Anleihen usw. diese sofort an eine inländische Bank oder Bankfirma abzuliefern bezw. dort anzumelden. Es ist nun darauf hingewiesen worden, daß Steuerpflichtige, die es früher unterlassen haben, ihren Besitz an ausländischen Wertpapieren anzugeben, in eine schwierige Lage kommen können. Dazu ist zu bemerken, daß ein Steuerpflichtiger sich Straffreiheit sichern kann, wenn er seine unrichtigen oder unvollständigen Angaben, bevor eine Anzeige gegen ihn erstattet oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet ist, bei der Steuerbehörde berichtigt oder ergänzt und die gefährdete Steuer, soweit sie bereits fällig gewesen ist, entrichtet.

5 Prozent Dividende bei der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-A.-G. Die Verwaltung hat beschlossen, eine Dividende von 5 Prozent in Vorschlag zu bringen (i. V. 15 Prozent Dividende und 5 Prozent Sondervergütung aus dem Verkaufserlös der Beteiligung an der Salangens Bergwerks-A.-G.). Für 1916 waren 15 Prozent, für 1915 10 Prozent Dividende ausgeschüttet worden, nachdem in den Jahren vorher die Dividende starken Schwankungen unterworfen gewesen war. Mit dem jetzigen Vorschlage bleibt die Verwaltung hinter den niedrigsten Schätzungen, die auf 6 Prozent gelautet hatten, noch zurück. Nach einem verhältnismäßig günstigen Verlauf des ersten Teils des abgelaufenen Jahres hat die Gesellschaft naturgemäß in den letzten Monaten unter den allgemeinen Verhältnissen zu leiden gehabt.

Die schwierige Lage des Aktienvereins Zoologischer Garten in Berlin veranlaßt nunmehr die Verwaltung eine Versammlung der Inhaber der vierprozentigen Teilschuldverschreibungen einzuberufen. Es wird zwecks Abwendung des Konkurses über das Vermögen mit der Einschränkung, daß die Verzichte keine Geltung haben, falls über das Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wird, beantragt: Verzicht auf 1¼ Prozent Jahreszinsen für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. Dezember 1924 und Verzicht auf die bedingungsmäßige Tilgung der Anleihe für die Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. Dezember 1924, so daß die erste Tilgung im Jahre 1925 gemäß den Bedingungen erfolgt und die Rückzahlungsfrist um fünf Jahre hinausgeschoben wird.

Torgauer Aktien-Gesellschaft vorm. Rud. Rabitz. Die auf den 30. April einberufene ordentliche Generalversammlung soll auch über den Verkauf des Grundbesitzes mit der Fabrik und über die Liquidation der Gesellschaft Beschluß fassen.

Die deutsche Weinmosternte im Jahre 1918. Im Jahre 1918 bezifferte sich die im Ertrag stehende Rebfläche auf 68 936 Hektar (gegen 68 823 Hektar im Vorjahr und 79 040 Hektar im letzten Friedensjahr). Diese erbrachten einen Mostertrag von 2 250 765 Hektoliter (1 834 570 bezw. 826 111 Hektoliter). Der durchschnittliche Hektarertrag belief sich auf 32,6 (26,7 bezw. 10,5) Hektoliter. Der Geldwert der Ernte wird mit 655 155 783 (608 658 522 bezw. 42 042 694) Mk. berechnet. Demnach stellte sich der Durchschnittspreis für 1 Hektoliter Most auf 291,1 (331,8 bezw. 50,9) Mk. und der durchschnittliche Geldertrag eines Hektar Rebfläche auf 9504 (8844 bezw. 532) Mk.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 8. April. Weizen Mai —, Juli —. Mais Mai 159¼, Juli 152⅝. Schmalz Mai 29.22, Juli 28.52. Pork Mai 49.50, Juli 46.50. Rippen Mai 27.25, Juli 25.67. Hafer Mai 69⅛, Juli 67⅞.

New York, 8. April. Winterweizen unv. Mais unv. Mehl unv. Zucker unv. Kaffee 16.

Berliner Börse

vom 9. April 1919.

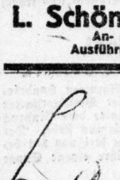
(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	86,00
Halle-Hettstedter	77,50
Schantungbahn	146,75
Allg. Lokal-Str.	142,00
Gr. Berl. Str.	125,00
Magdeburger Str.-B.	——
Prinz-Heinrich-B.	210,00
Orientbahn	245,50
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	95,25
Hambg. Südamerika	168,75
Hansa-Dampfschiff.	230,50
Nordd. Lloyd.	97,25
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	——
Berl. Handelsges.	149,50
Commerz-Diskontobank	124,00
Darmstädter Bank	117,50
Dessauische Landesbank	——
Deutsche Bank	216,13
Diskonto-Comm.	175,75
Dresdner Bank	149,50
Leipzig Credit-Anst.	151,00
Mitteld. Kreditbank	126,50
Mitteld. Privatbank	124,00
Nationalbank	——
Oesterr. Kredit	——
Reichsbank	134,50
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	249,00
Akt. f. Anilin	208,13
Allgem. Elektr. Ges.	163,63
Ammendorfer Papierfbk.	——
Anhalter Kohlenw.	153,50
Annaberger Steingut	166,00
Badische Anilin	254,75
Bergmann Elekt. Akt.	133,00
Berl. Masch.-Bau	201,00
Bismarckhütte	177,50
Bochumer Gußstahl	——
Chem.-Fabr. Buckau	110,00
Chem. Griesheim	188,00
Chem. Heyden	210,00
Consolidation Schalk	195,00
Gröllwitzer Papierfbk	206,50
Daimler Motoren	215,00
Deutsche Luxemburg	134,00
Deutsche Uebersee Elektr.	192,00
Deutsche Erdöl	265,00
Deutsche Gasglühl.	305,00
Deutsche Kali	171,00
Deutsche Waffen u. Mun.	198,00
Donnersmarkhütte	196,00

Döring & Lehrmann	96,00
Dürkoppwerke	275,00
Elberfelder Faber.	235,25
Felten & Guilleaume	——
Gasmotoren Deutz	115,50
Gebhard & Co	236,00
Gebhard & König	——
Gelsenkirchen Berg	174,00
Glauziger-Zuckerfbk.	226,00
Hallesche Maschfbk.	304,00
Hann. Masch.	300,00
Harpener Berg	146,50
Hasper Eisen	133,00
Hirsch Kupfer	164,00
Höchster Farbw.	252,00
Hoesch Eisen u. Stahl	197,25
Hohenlohe-Werke	105,13
Humboldt Masch.	127,25
Ilse Bergbau	292,00
Kahla Porzellan	290,00
Kaliw. Aschersleben	168,50
Körbisd. Zucker-Akt.	——
Kyffhäuserhütte	——
Lahmeyer & Co.	110,00
Lauchhammer	151,00
Laurahütte	146,13
Linke & Hofmann	271,00
Ludwig Loewe & Co.	282,75
Lothringer Hütte	159,75
Mannesmannröhren	160,25
Oberschl. Eisenb.-Bd.	119.13
do. Caro Hag.	136,50
do. Kokswerke	198,00
Orenstein & Koppel	174,50
Phönix Berg	182,13
Rhein. Metall-Vorz.	162,75
Rhein. Stahlwaren	180,00
Riebeck. Montan	161,00
Rombacher Hütten	181,50
Rositzer Braunk.	——
Rositzer Zucker	133,75
Sangerhäuser Masch.	240,00
Hugo Schneider & Co.	205,50
Schuckert & Co.	118,50
Siemens & Halske	148,50
Stettiner Vulkan	155,00
Stollberger Zinkh	120,00
Strals. Spielkarten	238,00
Thale-Eisenhütte	228,00
Triptis Porzellan	——
Türk. Tabakregie	410,00
Ver. Köln-Rottweiler	193,00
Ver. Glanzstoff	449,00
Wegelin & Hübner	147,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	160,00
Westeregeln Alkali	220,00
Wittener Gußstahl	176,00
Wrede Mälzerei	117,50
Zechau-Kriebitsch Braunk.	——
Zeitzer Masch.	268,00
Zellstoff Waldhof	196,50
Otavi-Minen.	139,00

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg)

An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.



Gabelsberger.
NEUE
Anfänger - Lehrgänge für Damen und Herren
beginnen **Donnerstag 7 Uhr** in der Schule des **Kaufmännischen Vereins**, Große Ulrichstr. 10 **(Mars la Tour)**, Hof 1 Treppe. Klasse I.

Konzertdirektion: Siegfried Kummerehl.

Heute, abends ½8 Uhr, in den **Thaliasälen**

Brahms-Lieder-Abend

Elena Gerhardt.

Am Klavier: **Arthur Rosenstein**, Berlin.

Vortragsfolge:
Vor dem Fenster. — O Nachtigall. — Auf dem Schiffe. — Verzagen. — Der Tod, das ist kühle Nacht. — O liebliche Wangen. — Auf die Nacht in der Spinnstub'n. — Am jüngsten Tag ich aufersteh'. — Das Mädchen spricht. — Der Nachtwandler. — Unbewegte laue Luft. — Auf dem Kirchhofe. — Wir wandelten. — Willst du, dass ich geh'? — Um eine Aeolsharfe. — Von ewiger Liebe.

Karten 2—5 Mk. bei H. Hothan und an der Abendkasse.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Mischner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190410017/fragment/page=0004